



öffentlich

**Betreff:**  
Treffpunkt Freizeit

Erstellungsdatum 06.12.2000

Eingang 902:

**Einreicher:** Fraktion SPD,CDU,Grüne/B90

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Beschlüsse zum Treffpunkt Freizeit bis zum 1. Mai 2001 auszusetzen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis dahin erneut mögliche Erhaltungsvarianten für den Treffpunkt Freizeit zu suchen. Dazu wird ein Workshop Mitte Januar 2001 organisiert, der die Grundvoraussetzungen für eine dauerhafte Nutzung des Treffpunktes klären soll. Dazu gehören auch die Prüfung von Finanzierungs- und Trägermodellen.

Die Verwaltung legt der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2001 einen neuen Beschlussvorschlag zur Zukunft des Treffpunktes vor.

Um mögliche Prüfaufträge nicht von vornherein einzugrenzen, werden alle Investitionen an Einrichtungen, die für eine mögliche Ansiedlung im Treffpunkt Freizeit in Frage kämen, solange ausgesetzt.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In den vergangenen Wochen sind in einer intensiven Diskussion neue Aspekte der Verlagerung der Angebote und Aktivitäten des Treffpunktes Freizeit beleuchtet, untersucht und abgewogen worden. Viele Bürger der Stadt haben sich an dieser Debatte beteiligt. Andere Orte zu finden, erwies sich in Teilen als eine nur sehr schwer zu lösende Aufgabe. Deutlich wurden in Gesprächen und Briefen große emotionale Bindungen vieler Potsdamer an den traditionsreichen Standort.

Auch die ungeklärte Nachnutzung durch die Stiftung Schlösser und Gärten hat zu einer zusätzlichen Verunsicherung beigetragen.

Die den Antrag einbringenden Fraktionen vertreten die Meinung, dass Politik sich auch dadurch auszeichnen muss, dass sie solche Debatten ernst nimmt, Bürgerengagement aufnimmt und gefasste Beschlüsse erneut auf den Prüfstand stellt. Eine solche Prüfung wird nun angestrebt. Da sich die finanzielle Ausgangsposition nicht geändert hat, werden nun alle Beteiligten gebeten, Ideen, Fördermöglichkeiten und mögliche Synergien zusammenzutragen, um zu einem tragfähigen und finanzierbaren Gesamtkonzept zu kommen.